



Kooperation als Schlüssel zur Modernisierung des Agrarsektors

Kooperation als Schlüssel zur Modernisierung des Agrarsektors
Müller: Bei Agrarinvestitionen müssen Staat und Wirtschaft eng kooperieren
Eine enge Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Investoren ist für das Bundeslandwirtschaftsministerium der Schlüssel für eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit in der Agrarpolitik.
"Nachhaltige und verantwortungsbewusste Investitionen in den Agrarsektor bedürfen einer engen und transparenten Kooperation zwischen öffentlicher Hand und privaten Investoren. Nur so kann der Agrarsektor in Entwicklungsländern erfolgreich modernisiert werden", betonte der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Dr. Gerd Müller anlässlich einer Veranstaltung des BMELV, des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und von Agrarwirtschaftsverbänden am 17. Januar 2013 in Berlin.
Das Fachpodium "Entwicklungspartnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft - Motor für nachhaltige Agrarinvestitionen" bildete den Auftakt des Global Forum for Food and Agriculture (GFFA), das vom 17. bis 19. Januar 2013 in Berlin stattfindet. Das diesjährige GFFA führt unter dem Titel "Verantwortliche Investitionen in Agrar- und Ernährungswirtschaft - Schlüsselfaktor für Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung" Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen.
Müller betonte, dass in vielen Kooperationsprojekten das BMELV und deutsche Unternehmen zusammenarbeiten, um Produktivität und die nachhaltige Landnutzung in der Landwirtschaft in zahlreichen Partnerländern zu erhöhen. In Agrarausbildungszentren beispielsweise in Äthiopien oder Marokko werden Fachkräfte an modernen Maschinen und in nachhaltigen Produktionsverfahren ausgebildet. Zudem unterstützt das Ministerium den Aufbau landwirtschaftlicher Verbandsstrukturen in zahlreichen Ländern, unter anderem in Vietnam, Brasilien oder Afrika.
Der Parlamentarische Staatssekretär begrüßte, dass in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit immer stärker Landwirtschaftsthemen Berücksichtigung finden. "Wir werden die große Zukunftsaufgabe der Ernährungssicherung nur im Schulterschluss mit allen Beteiligten erreichen. Erste erfolgreiche Beispiele gemeinsamer Projekte gibt es bereits. Wir setzen hier auf eine enge Kooperation mit dem Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit", so Müller.
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 03 0 / 1 85 29 - 0
Telefax: 03 0 / 1 85 29 - 42 62
Mail: poststelle@bmelv.bund.de
URL: <http://www.bml.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.